

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung am  
24.09.2013**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 18:4 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Herr Lothar Dieringer  
parteilos

Herr Andreas Scholtyssek  
CDU

Frau Dr. Ulrike Wünscher  
CDU

Vertretung für Herrn Bauersfeld.

Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck  
DIE LINKE.

Vertretung für Frau Dr. Sitte.  
Herr Dr. Köck nahm ab 17:44 Uhr an der  
Sitzung teil.

Herr Olaf Sieber  
DIE LINKE.

Herr Dr. Rüdiger Fikentscher  
SPD

Vertretung für Frau Ewert.

Frau Katharina Hintz  
SPD

Frau Beate Fleischer  
FDP

Herr Denis Häder  
MitBÜRGER für Halle

Herr Christoph Menn  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Matthias Havranek  
SKE

Herr Dr. Gerhard Kotte  
SKE

Frau Anja Krimmling-Schoeffler  
SKE

Nahm bis 18:58 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Ulrich Peinhardt  
SKE

Nahm ab 17:06 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Heinz-Günter Ploß  
SKE

Herr Christian Weinert  
SKE

Nahm bis 18:50 Uhr an der Sitzung teil.

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Martin Bauersfeld  
parteilos

Herr Bauersfeld wurde durch Frau Dr.  
Wünscher vertreten.

Herr Uwe Heft  
parteilos

Frau Dr. Petra Sitte  
DIE LINKE.

Frau Dr. Sitte wurde vertreten durch Herrn  
Dr. Köck.

Frau Gertrud Ewert  
SPD

Frau Ewert wurde durch Herrn Dr.  
Fikentscher vertreten.

Herr Martin Hoffmann  
SKE

Herr Carsten Hoheisel  
SKE

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung wurde von **Herrn Häder, Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Es gab folgende Änderung zur Tagesordnung:

Der TOP 7.3. soll bereits nach dem TOP 3. behandelt werden, da die Rednerin, **Frau Prof. Dräger, Prorektorin für Struktur und Finanzen der MLU Halle-Wittenberg**, bereits anwesend ist und nicht unnötig warten soll.

**Herr Häder, Vorsitzender des Ausschusses**, bat um die Abstimmung der so geänderten Tagesordnung

### **Abstimmungsergebnis:**

**- einstimmig zugestimmt -**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Stimmenthaltungen

### **Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 25.06.2013
4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale) - Abwägungsbeschluss  
Vorlage: V/2013/11901
  - 4.2. Beschluss des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2013/11902

5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1. Antrag der Stadträte Lothar Dieringer (CDU) und Andreas Scholtyssek (CDU) zur Stärkung der Wirtschaftsförderung  
Vorlage: V/2013/11778
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
  - 7.1. Auswertung der gemeinsamen öffentlichen Sitzung der beiden Fachausschüsse der Städte Halle und Leipzig vom 03.09.2013
  - 7.2. Informationen aus dem Fachbereich Wissenschaft (Expertenliste WWBA; -Förderung HYPOS, neuer Kooperationsvertrag zwischen Stadt Halle (Saale)
  - 7.3. Information der Universität zum Stand der Kürzungspläne
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 25.06.2013**

---

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung vom 25.06.2013.

### **zu 4 Beschlussvorlagen**

---

#### **zu 4.1 Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale) - Abwägungsbeschluss Vorlage: V/2013/11901**

---

Darstellungen von **Herrn Stäglin** (Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt):  
Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept ist nicht als „statische Konstruktion“ zu sehen, so wird dieses sicherlich in einem 5-Jahres-Rhythmus fortgeschrieben. Alle 2 Jahre soll eine Monitoring erfolgen.

Anfrage von **Herrn Dieringer** (CDU-Fraktion):  
Die Anhörung hat nun stattgefunden. Wurden die Hinweise, auf das Konzept bezogen, auch berücksichtigt?

Antwort von **Herrn Stäglin**:  
Ja, die Hinweise wurden entsprechend berücksichtigt?

Anfrage von **Herrn Häder** (Ausschussvorsitzender):

Es ist schade, dass keine aktuelleren Daten zur HAVAG vorliegen, außer die aus den Jahren 2010/2011.

Weiterhin ist es nicht nachvollziehbar, dass das Hermes-Areal nicht als Nahversorger gesehen wird.

Antwort von **Herrn Kummer** (Fachbereich Planen):

Die Daten der HAVAG beziehen sich auf die Linienführung zum Standort, d. h. die Linien halten auf jeden Fall an den Standorten, daher sind diese Zahlen auch eher unbedeutend.

Antwort von **Herrn Häder**:

Diesbezüglich sei festzuhalten, dass die Stellungnahme der HAVAG vom Oktober 2012 stammt, die Daten hierzu aber wesentlich älter sind und daher hätten aktualisiert werden können.

Anfrage **Herr Scholtyssek** (CDU-Fraktion):

Wie verhält es sich mit den Bebauungsplänen (B-Plänen)?

Antwort von **Herrn Stäglin**:

Ein B-Plan soll für einzelne Teilräume zum Bestandsschutz aufgestellt werden, nicht aber über die ganze Stadt.

Anfrage von **Herrn Häder**:

Wie wirkt sich dieses Vorgehen auf Bruckdorf aus?

Antwort von **Herrn Stäglin**:

In Bruckdorf und im Bereich „Deutsche Grube“ (Bereich um Multipolster) wird mit einem B-Plan auch eine Erweiterung möglich sein.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne die Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

### **Abstimmungsergebnis:**

**- einstimmig zugestimmt -**

8 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Stimmenthaltung

**zu 4.2      Beschluss des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle  
(Saale)  
Vorlage: V/2013/11902**

---

Auf die entsprechende Diskussion unter **TOP 4.1** wird verwiesen.

**Beschlussvorschlag:**

1. Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept (Anlage 1 der Vorlage) wird als städtebauliches Konzept im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB beschlossen, dessen Ergebnisse einen verbindlichen Orientierungsrahmen bilden und in der Bauleitplanung zu berücksichtigen sind.
2. Als ein auf die Erhaltung und Entwicklung der zentralen Versorgungsbereiche der Stadt bezogenes Konzept werden die im Einzelhandels- und Zentrenkonzept formulierten Leitziele, die allgemeinen Ziele für die Gesamtstadt sowie die Entwicklungsziele für das Hauptzentrum, die Nebenzentren und Nahversorgungszentren, für die Nahversorgung und die Fachmarkt- bzw. Sonderstandorte (Einzelhandels- und Zentrenkonzept, Kapitel 8.1, Anlage 1 der Vorlage) verfolgt.
3. Die im Einzelhandels- und Zentrenkonzept ausgewiesenen Zentren werden als Hauptzentrum, Neben- und Nahversorgungszentren und in Hinblick auf ihre konkrete Lage und räumliche Abgrenzung als zu schützende zentrale Versorgungsbereiche festgelegt (Zentrale Versorgungsbereiche, Anlage 2, Blätter 1-10, der Vorlage; siehe auch Einzelhandels- und Zentrenkonzept, Kapitel 8.3).
4. Die konkret für das Stadtgebiet gutachterlich ermittelten zentrenrelevanten sowie nicht zentrenrelevanten Sortimente des Einzelhandels werden beschlossen („Hallesche Sortimentsliste“, Anlage 3 der Vorlage; siehe auch Einzelhandels- und Zentrenkonzept, Kapitel 8.6).
5. Außerhalb der im Einzelhandels- und Zentrenkonzept ausgewiesenen zentralen Versorgungsbereiche werden Einzelhandelsbetriebe auch mit zentrenrelevanten Hauptsortimenten ausnahmsweise zugelassen, sofern von ihnen keine Negativauswirkungen auf die Versorgungsstruktur und die zentralen Versorgungsbereiche zu erwarten sind. Das trifft regelmäßig auf die das Ortsbild von Halle prägenden Läden bis zu einer Größe der Verkaufsfläche von 200 m<sup>2</sup> zu („Hallescher Laden“).

6. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das Einzelhandels- und Zentrenkonzept umzusetzen. Insbesondere sind
  - die Steuerungsinstrumente der Bauleitplanung unter Berücksichtigung der im Kapitel 8.7 formulierten Grundsätze anzuwenden,
  - die räumlichen Aussagen des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes in die Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes einzubringen und bei einer Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes zu berücksichtigen,
  - die Einbindung geeigneter öffentlicher Einrichtungen in die Zentren bei Standortentscheidungen zu berücksichtigen,
  - die Zentrenentwicklung zu unterstützen,
  - die Zusammenarbeit mit der IHK Halle-Dessau sowie der Citygemeinschaft und den anderen Zusammenschlüssen von Einzelhändlern in der Stadt Halle fortzusetzen.
7. Die Stadtverwaltung wird weiterhin beauftragt, ein Monitoring zur Entwicklung der Zentren und des Einzelhandels im 2-jährigen Rhythmus durchzuführen und die Erhebung des gesamten Einzelhandelsbestandes in der Stadt Halle (Saale) in regelmäßigen Abständen (mindestens in einem 5-jährigen Rhythmus) fortzuführen. Über die Ergebnisse ist dem Planungsausschuss und dem Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung zu berichten.
8. Dieser Beschluss und das aktuell vorliegende Konzept ersetzen das bisherige Konzept aus dem Jahr 2004 und den dazu gehörenden Beschluss Nr. III/2003/03641 vom 26.05.2004.
9. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zur Verbesserung der Nahversorgungssituation im südöstlichen Stadtbereich (Ammendorf, Radewell, Osendorf, Siedlung Rosengarten) Standorte zu prüfen, um dort ein Nahversorgungszentrum zu entwickeln, und das Prüfergebnis dem Stadtrat vorzulegen.
10. Der Planungsausschuss und der Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung werden regelmäßig in den Sitzungen über die Ansiedlungsanträge zu Einzelhandelsprojekten, die auf der Grundlage des beschlossenen Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes ablehnend beschieden werden müssen, informiert.

**Abstimmungsergebnis:**

**- einstimmig zugestimmt -**

7 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Stimmenthaltungen

## zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

---

### zu 5.1 Antrag der Stadträte Lothar Dieringer (CDU) und Andreas Scholtyssek (CDU) zur Stärkung der Wirtschaftsförderung Vorlage: V/2013/11778

---

**Herr Dieringer** (CDU-Fraktion) erhielt das Wort zum Antrag, er bat um Zustimmung zum Antrag.

Wortmeldung von **Frau Hintz** (SPD-Fraktion):

Der Antrag sollte eher in Richtung der Haushaltsdebatten verschoben werden, um zu sehen, wie der Ansatz der Wirtschaftsförderung überhaupt aussieht.

Weiterhin sollte ein Deckungsvorschlag durch die CDU erfolgen.

Der Geschäftsordnungsantrag von **Frau Hintz** auf Vertagung wurde durch den Ausschussvorsitzenden, **Herrn Häder** zur Abstimmung gestellt:

#### Abstimmungsergebnis:

- mehrheitlich zugestimmt -

5 Ja-Stimmen

4 Nein-Stimmen

0 Stimmenthaltungen

Damit wurde der Antrag bis zur Beratung des Haushalts vertagt.

#### Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Das Sachmittelbudget für Zwecke der Wirtschaftsförderung ist in Höhe des Haushaltsplanansatzes 2013 für die Jahre 2014 bis 2016 bei der Haushaltsaufstellung festzuschreiben.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zu schaffen, womit der Wirtschaftsförderung die Inanspruchnahme der Mittel im benötigten Umfang von Beginn des jeweiligen Planjahres an ermöglicht wird.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die zügige und anforderungsgerechte Wiederbesetzung vakanter Stellen sicherzustellen (auch durch externe Ausschreibung) und eine angemessene Stellenbewertung vorzunehmen, die einer Fluktuation in andere Verwaltungsbereiche begegnet.
4. Zur Stärkung der Akquisitionstätigkeit soll im Stellenplan des Haushaltes 2014 eine Mitarbeiterstelle im Bereich Ansiedlungsverfahren neu geschaffen werden. Darüber hinaus soll eine Teamleiterstelle im Bereich Bestandspflege und –sicherung neu geschaffen werden, da derzeit nur ein Restteam IT und Kreativwirtschaft (bei einer Vakanz) und ohne Leiter existiert (resultiert aus Neugründung Fachbereich Wissenschaft).

5. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis Oktober 2013 eine Evaluierung der bisherigen Strategie zu Ansiedlungen und Bestandspflege vorzulegen. Hierin sollen insbesondere Vorschläge zur Effektivitätssteigerung der Arbeit der Wirtschaftsförderung getroffen werden. Dieses soll auch Aussagen zur möglichen Einbindung von Projektentwicklern enthalten sowie einen anhand vergleichbarer Städte orientierten Vorschlag zur Höhe des Budgets der Wirtschaftsförderung enthalten.

**Abstimmungsergebnis:**

**- vertagt -**

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag von **Frau Hintz** (SPD-Fraktion) vertagt. Er soll im Zuge der Haushaltsberatungen wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.

**zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

**zu 7 Mitteilungen**

---

**zu 7.1 Auswertung der gemeinsamen öffentlichen Sitzung der beiden Fachausschüsse der Städte Halle und Leipzig vom 03.09.2013**

---

Zunächst erhielt **Herr Neumann** (Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft) das Wort: Nach der gemeinsamen Sitzung ist man durchaus positiv gestimmt, dass die Metropolregion und die Wirtschaftsinitiative fusionieren könnten.

Zwischenzeitlich hat die Wirtschaftsinitiative dem Antrag auf eine Beitragsreduzierung nicht zugestimmt, sodass die Stadt Halle daher nun bis spätestens 30.09.2013 die Kündigung zum 31.12.2013 einreicht.

Damit wird die Stadt weiterhin Mitglied in der Metropolregion bleiben, aber nicht mehr in der Wirtschaftsinitiative tätig sein.

Anfrage **Herr Peinhardt** (sachkundiger Einwohner):

Wird vor diesem Hintergrund nun eine Beschlussfassung für die Zusammenlegung von Metropolregion und der Wirtschaftsinitiative erarbeitet?

Antwort **Herr Neumann** (Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft):

Ja, eine Beschlussfassung könnte erarbeitet werden. In einem gemeinsamen Konstrukt von Metropolregion und Wirtschaftsinitiative könnte die Stadt Halle (Saale) dann, als eines der verbliebenen regionalen Oberzentren, eine führende Rolle einnehmen.

Auf die weitere Diskussion wird verwiesen.

Abschließend bot **Herr Dr. Köck** (Fraktion DIE LINKE.) an, außerhalb des Ausschusses einmal konkrete Informationen zur Metropolregion und deren Arbeit zu geben, wenn dies auf Zustimmung trifft, müsste nur eine zentrale Organisation erfolgen.

Abschließende Worte von **Herrn Häder** (Ausschussvorsitzender):

Zunächst ist erst einmal zu klären, „Ob“ eine Zusammenarbeit mit der Stadt Leipzig zur Metropolregion gewünscht ist, das „Wie“ spielt dabei eine noch nicht so bedeutende Rolle. Daher soll die Umfrage bei den Mitgliedern der Meinungsbildung dienen, die im Ergebnis wie folgt aussieht:

Frau Hintz:	Enthaltung
Herr Dr. Fikentscher:	Enthaltung
Frau Fleischer:	Zustimmung (aber inhaltlich prüfen)
Herr Menn:	Zustimmung
Herr Sieber:	Zustimmung (zur Zusammenarbeit)
Herr Dr. Köck:	Zustimmung
Herr Scholtyssek:	Zustimmung
Herr Dieringer:	Zustimmung
Frau Dr. Wünscher:	Zustimmung
Herr Häder:	Zustimmung

**Herr Häder** wird Kontakt mit Herrn Bär (Ausschussvorsitzender der Stadt Leipzig) aufnehmen.

## **zu 7.2 Informationen aus dem Fachbereich Wissenschaft (Expertenliste WWBA; - Förderung HYPOS, neuer Kooperationsvertrag zwischen Stadt Halle (Saale)**

---

**Frau Dr. Sachse** (Leiterin Fachbereich Wissenschaft) erhielt das Wort:

Im Oktober wird eine entsprechende „Expertenliste“ aus dem Bereich der Wissenschaft für den Ausschuss vorgelegt.

Bereits zugesagt haben:

Frau Prof. Dräger	Universität Halle
Herr Dr. Müller-Bahlke	Franckesche Stiftungen Halle
Vertreter der Kunsthochschule	
Vertreter des Fraunhofer Instituts	
Vertreter des IWH	

Diese Vertreter würden auch den Ausschuss gern in ihre Häuser einladen, die Einladung in die Franckeschen Stiftungen ist bereits für die Sitzung am 25.02.2014 angedacht.

Wortmeldung von **Herrn Häder** (Ausschussvorsitzender):

Die Experten sollten dann immer themenbezogen eingeladen werden und auch ein dauerhaftes Rederecht erhalten.

Abschließend berichtete **Frau Dr. Sachse** über das Projekt „HYPOS“, welches über eine Fördersumme in Höhe von ca. 45 Mio. Euro und ca. 80 Mio. Euro aus der Industrie realisiert werden konnte. Dabei wird die Energie aus Sonne, Wasser und ggf. auch Wind durch Elektrolyse zu Wasserstoff umgewandelt. Mit diesem Projekt soll eine Wasserstoffwirtschaft entstehen.

In Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Halle und der Universität konnte **Frau Dr. Sachse** mitteilen, dass in der Vergangenheit bereits eine Vereinbarung vorlag, diese aber nicht „gelebt“ wurde. Daher soll nun, im Rahmen der feierlichen Immatrikulation, eine Verlautbarung durch den Oberbürgermeister und den Rektor unterzeichnet werden. Weiterhin wird seitens des Fachbereiches Wissenschaft ein Maßnahmenplan zur Umsetzung erstellt, so soll künftig regelmäßig ein Jour fixe zur Kommunikationsverbesserung u. a. mit dem Rektor der Universität und Univations stattfinden.

### zu 7.3 Information der Universität zum Stand der Kürzungspläne

---

**Frau Prof. Dräger** (Prorektorin für Struktur und Finanzen der MLU Halle-Wittenberg) erhielt das Wort:

Da die Landeszuweisungen nicht das finanzielle Defizit von ca. 6 Mio. Euro decken ist die Umorganisation der Universität erforderlich. Aber die Strukturen einer Universität kann man nur über Jahre und nicht sofort umbrechen. Daher könne man auch erst frühestens ab Herbst 2014 damit beginnen Strukturänderungen umzusetzen, da dann die Immatrikulationen zu diesem Zeitpunkt entsprechend „eingestellt“ werden können.

Anfrage von **Herrn Neumann** (Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft):

Derzeit befindet sich die Zahl der Immatrikulationen sicherlich auf dem Höhepunkt. Wie wird sich die Zahl in den kommenden Jahren entwickeln?

Antwort von **Frau Prof. Dräger**:

Die Zahl wird eher nicht zurückgehen, es sei denn die Universität wird für die Studenten weniger attraktiv. Dies hängt vor allem auch damit zusammen, dass die Universität im Vergleich zu anderen Universitäten eine sehr hohe Zahl an ausländisches Studenten und Studenten aus anderen Bundesländern zu verzeichnen hat.

Anfrage **Herr Häder** (Ausschussvorsitzender):

Das Land Sachsen-Anhalt beteiligt sich ja am Hochschulpakt. Zu welchen Zahlen ist die Universität verpflichtet, um diesen Pakt zu erfüllen?

Antwort von **Frau Prof. Dräger**:

In Sachsen-Anhalt müssen ca. 10.000 Studenten „neu“ aufgenommen werden, davon entfallen ca. 3.000 Studenten auf die Universität in Halle. Wenn die Kürzungspläne kurzfristig umgesetzt werden würden, dann bestünde die Gefahr, dass der Pakt nicht mehr erfüllt werden kann.

Anfrage von **Herrn Ploß** (sachkundiger Einwohner):

Die Universitäten anderer Städte verzeichnen weitaus mehr Studenten als Halle, nun soll in Halle auch noch gespart werden, was kann man hier als Stadt tun?

Antwort von **Frau Prof. Dräger**:

Im Moment laufen bereits Kooperationen mit der Stadt. So wurde ein Wohnportal vom Studentenwerk in Kooperation mit den Wohnungsgenossenschaften eingerichtet. Weiterhin wird das Semesterticket durch die HAVAG wahrscheinlich ausgedehnt. So soll dieses dann für den gesamten ÖPNV der Region Halle und Merseburg nutzbar sein. Dies hat jedoch auch eine höhere Einschreibegebühr von 100,00 Euro zur Folge.

Anfrage von **Herrn Dr. Franke** (Leiter Wirtschaftsförderung):

Sieht man Möglichkeiten für eine langfristige Sicherung der Bereiche IT und Medien (evtl. durch Umschichtungen etc.)? Denn diese sind für die Wirtschaft besonders wichtig.

Antwort von **Frau Prof. Dräger**:

Der Wissenschaftsrat ist, unabhängig von anderen Kriterien, für die Beurteilung der wissenschaftlichen Belange der Institute zuständig. Im Resultat dessen, gehören die beiden Bereiche IT und Medien demnach nicht so sehr zu den wissenschaftlichen Instituten, jedoch ist man sich einig, dass hier dringend eine Stärkung erfolgen muss.

Anfrage von **Herrn Häder**:

Wo kann die Stadt ganz konkret Unterstützung geben?

Antwort von **Frau Prof. Dräger**:

Die Stadt kann zur Attraktivität des Universitätsstandortes beitragen, so z. B. in den Bereichen Wohnen und ÖPNV. DA es hier seitens der HAVAG Unterstützung beim Semesterticket geben wird, sollte die Stadt versuchen, dort Kürzungen zu verhindern. Weiterhin möchte man als Universität gern mit der Stadt über den „kurzen Weg“ im Gespräch bleiben, so z. B. wie bisher 1x pro Woche mit Frau Dr. Sachse vom Fachbereich Wissenschaft.

#### **zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

Es gab keine Anfragen.

#### **zu 9 Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 15.10.13

---

Wolfram Neumann  
Beigeordneter für Wirtschaft  
und Wissenschaft

---

Denis Häder  
Ausschussvorsitzender

---

Eileen Panier  
Protokollführerin